



Lager auf Samos: Haft für Kinder, bezahlt von der Schweiz

Auf der griechischen Ferieninsel werden Hunderte geflüchtete Minderjährige unter menschenrechtswidrigen Bedingungen festgehalten. Finanziert wird das Lager vom Bund. Jetzt hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte interveniert.

Von Osama Abdullah, [Lukas Häuptli](#), Lorenz Naegeli (Text) und Benjamin Güdel (Illustration), 28.03.2025

Samos ist beliebt. Hier ist fast immer Sommer, die Temperatur beträgt im Schnitt fast 20 Grad. Wegen der Wärme, der Strände und der hübschen Städtchen reisen Jahr für Jahr fast 150'000 Touristen an. Britinnen, Deutsche, Schweizerinnen, viele all inclusive. Direktflug, Hotel und Vollpension gibt es bereits für ein paar hundert Franken.

Im Osten der griechischen Insel – abseits der Touristenorte und versteckt in einer Hügellandschaft – steht ein Lager, das nicht recht zur Idylle passen will. Rund fünf Kilometer sind es bis zum nächsten Städtchen, rund zehn bis zum nächsten Strand. Hohe Drahtzäune sperren das Gelände ab, Eingang und Ausgang sind rund um die Uhr bewacht. Es ist ein Lager für Geflüchtete. *Closed Controlled Access Center* heisst es offiziell, darin gibt es eine *Safe Area* für Minderjährige, die alleine auf der Flucht sind.

Anwar ist einer von ihnen. «Um ehrlich zu sein», sagt er, «vor fünfzehn Tagen habe ich versucht, mich umzubringen. Ich dachte, es wäre besser für mich.»

Der 17-Jährige stammt aus Ägypten und heisst in Wirklichkeit anders. Es ist Montag, der 3. März, als er am Telefon mit der Republik von seinem Suizidversuch erzählt. Erzählt, wie er im Lager lebt. Leidet. Und nicht mehr leben will. «Meine Freunde retteten mich im letzten Moment», sagt er. Darauf sei er zur Behandlung seiner Halswunden ins Spital gebracht worden, dann auf einen Polizeiposten, und dort habe ihm der Beamte gesagt: «Wenn ich dich hier nochmals sehe, Sorge ich dafür, dass du sechs Monate ins Gefängnis kommst.»

Die Drohung des Polizisten verhallte im Nichts. Schliesslich befindet sich Anwar zu diesem Zeitpunkt bereits seit 78 Tagen im Gefängnis. So nennt er die *Safe Area* im Geflüchtetenlager. Und er sagt: «Ich bin es nicht gewohnt, wie ein Häftling behandelt zu werden.»

Er, der seit langem schon an Diabetes leidet, ist ausgerechnet im «sicheren Bereich» des Lagers nicht nur psychisch, sondern auch körperlich krank geworden. Er leidet an Fieber, Pocken, Krätze. Fast alle Jugendlichen hätten Krätze hier, erzählt er, und trotzdem kümmere sich kein Arzt um sie. Auch um ihn nicht. «Nach meinem Suizidversuch bat ich um einen Termin bei einer Psychologin», erzählt Anwar. «Als sie endlich ins Lager kam, sagte sie aber lediglich, sie habe keinen Termin für mich. Das war das einzige Mal, dass die Psychologin da war.»

Die Millionen der Schweiz

Das Geflüchtetenlager, seit 2021 in Betrieb, gehört zur Logik von Europas zukünftiger Asylpolitik. Samos liegt an der Aussengrenze der Europäischen Union, bis zur türkischen Küste sind es an der engsten Stelle im Meer kaum zwei Kilometer. Deshalb stranden hier überdurchschnittlich viele Asylsuchende. Griechische Grenzpolizistinnen greifen sie auf, hindern sie an der Weiterreise aufs europäische Festland und bringen sie ins Lager. Bereits hier werden erste Asylgesuche in Schnellverfahren beurteilt – meist abschlägig. Diesen Gesuchstellern droht die sofortige Abschiebung. So sieht es Europas Asylpolitik der Zukunft vor.

Im Lager auf Samos gibt es Wohncontainer mit fast 4000 Plätzen, aufgeteilt in Bereiche für geflüchtete Männer, Frauen, Familien und unbegleitete Kinder und Jugendliche. 100 Plätze für Knaben und junge Männer, 100 Plätze für Mädchen und junge Frauen – der «sichere Bereich».

Das Spezielle daran: Der Betrieb der *Safe Area* wird von der Schweiz finanziert. Im Rahmen ihres «zweiten Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten» zahlt sie auch an Einrichtungen für Migrierende an der EU-Aussengrenze. Konkret entrichtet sie für den Betrieb der *Safe Areas* auf Samos und auf drei weiteren griechischen Inseln während sechzehn Monaten gut 4 Millionen Franken.

Offensichtlich ist der Bund von diesen «sicheren Bereichen» und ihrem Nutzen überzeugt. «Die Kinder, die auf den griechischen Grenzinseln ankommen, befinden sich in einer besonders prekären Situation», schreibt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten auf seiner Website zu den *Safe Areas*. «Viele von ihnen waren Opfer von Menschenhandel, Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt, wodurch sie besonders gefährdet sind. Daher benötigen diese Kinder sofortige und umfassende Betreuung, Schutz und Zugang zu einer Reihe grundlegender Dienstleistungen.» Deshalb sei jeder Schutzbereich «mit einem Team aus multidisziplinären Fachleuten besetzt, darunter Sozialarbeiter, Psychologen, Rechtsberater, Dolmetscher und Betreuer».

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

Das jedenfalls sagen fünf Jugendliche, die während Wochen in der *Safe Area* von Samos eingeschlossen waren und mit denen die Republik am Telefon lange reden konnte. Einer von ihnen ist Anwar, die anderen vier sind zwischen 15 und 17 Jahre alt und befanden sich nach eigenen Angaben während 112 bis 125 Tagen im Lager.

Gemäss griechischem Recht wären 25 Tage erlaubt. Aber bereits diese 25 Tage sind umstritten: Die Europäische Kommission hatte laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International schon im Januar 2023 kritisiert, dass das entsprechende griechische Gesetz womöglich EU-Recht widerspricht. Trotzdem ist es bis heute in Kraft.

Zu dieser Recherche und zu den Co-Autoren

Diese Recherche ist ein gemeinsames Projekt des Recherchekollektivs WAV und der Republik, das mehrere Wochen dauerte. Im Rahmen der Recherche interviewte **Osama Abdullah** fünf Arabisch sprechende Minderjährige, die während Monaten in der *Safe Area* des Geflüchtetenlagers von Samos eingeschlossen waren. **Lorenz Naegeli** führte zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen. Daneben werteten wir gemeinsam Gerichtsurteile, Klageschriften sowie interne Dokumente des Staatssekretariats für Migration aus; Letztere erhielten wir aufgrund

eines Öffentlichkeitsgesuchs. Schliesslich reichten wir bei den verantwortlichen Behörden in der Schweiz und in Griechenland umfangreiche Fragenkataloge zu den Missständen im Lager ein. Zur Überprüfung des Geschilderten stützten wir uns unter anderem auf Fotos und Videos aus der *Safe Area*, die wir von verschiedenen Quellen erhielten. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes entschieden wir, nur einen kleinen Teil der Fotos und Videos zu veröffentlichen sowie den Minderjährigen, mit denen wir sprachen, Anonymität zu gewähren. Schliesslich arbeiteten wir bei der Recherche mit dem griechischen Rechercheportal [Solomon](#) zusammen – auch, um Dokumente und Stellungnahmen in griechischer Sprache richtig zu interpretieren.

25 Euro für ein Bett, 10 Euro für Nutella

Tari (der in Wirklichkeit auch anders heisst) ist einer der vier Jugendlichen. «Wir dürfen das Lager nicht verlassen», sagt er am 26. Februar am Telefon mit der Republik; da ist er seit 100 Tagen in der *Safe Area*. Es mangle an allem: an Essen, an Betten, an Ärzten. «Am Anfang lebten etwa 600 Jugendliche hier», erzählt der 17-Jährige. «Es gab schlicht nicht genügend Betten, weshalb ich während Tagen am Boden schlafen musste.» Als dann einzelne Jugendliche in andere Lager gebracht worden seien, hätten diese ihre Betten verkauft. «Ich habe für mein Bett 25 Euro bezahlt.»

Überhaupt müsse man im Lager für alles bezahlen, für Betten, für Decken, für spezielles Essen. 25 Euro für das Bett, 5 Euro für die Decke (die man Jugendlichen zahle, die umplatziert würden), 10 Euro für Nutella, 5 Euro für Kekse (die an Erwachsene gingen, die das Essen aus anderen Bereichen des Lagers in die *Safe Area* brächten). Der Schwarzmarkt floriert.

Wie Anwar klagt auch Tari über Krankheiten und über die mangelnde ärztliche Versorgung im Lager. Er habe am ganzen Körper Pickel und Blasen, es jucke ihn Tag und Nacht, er könne deshalb kaum schlafen. Doch das kümmere niemanden. «In den 100 Tagen in der *Safe Area* habe ich nur ein einziges Mal einen Arzt zu Gesicht bekommen.» Dieser habe ihm Medikamente gegen Krätze verschrieben. «Doch die Medikamente habe ich nie erhalten.»

Schliesslich schildert der Jugendliche aus Ägypten einen Zwischenfall, bei dem es zu einem gewalttätigen Übergriff eines Aufsehers gekommen sei. «Ich wartete in der Schlange auf die Herausgabe des Essens», erzählt er. Da hätten die Jugendlichen einander geschubst, bis ein Aufseher ihn herausgepickt und in einen separaten Raum gebracht habe. «Dort schlug er mich», sagt Tari. Als er das später den Verantwortlichen der *Safe Area* gemeldet habe, hätten diese es schlicht ignoriert. «Nichts ist passiert.»

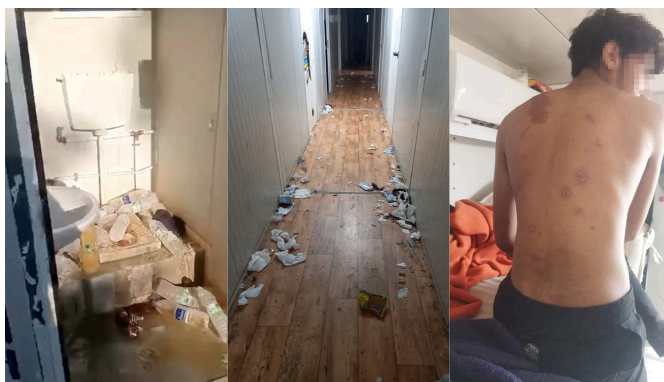
Verstoss gegen Menschenrechte

Eine *Safe Area*, die in Wirklichkeit ein Gefängnis ist. Ein Gefängnis, in dem Minderjährige während Wochen eingeschlossen werden. Minderjährige, die auf sich allein gestellt und ohne Vormund sind, der ihnen von Gesetzes wegen zustehen würde.

Die Ältesten der Minderjährigen sind 17 Jahre alt, die jüngsten jünger als 10 Jahre – Kinder noch. Das geht aus einem internen Protokoll des Staatssekretariats für Migration hervor, das die Republik mithilfe eines Öffentlichkeitsgesuchs erhalten hat.

Immer wieder ist der «sichere Bereich» überfüllt; dann werden dort statt den vorgesehenen 200 *unaccompanied minors* (wie sie in Beamtensprache heissen) mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche untergebracht. Wegen der miserablen hygienischen Verhältnisse grassieren regelmässig Infektionskrankheiten. Es mangelt an ärztlicher Versorgung, an gesundem Essen, an Beschäftigungsprogrammen, von Ausbildungsplätzen nicht zu reden. Dafür berichten Jugendliche von gewalttätigen Übergriffen, sei es von anderen Jugendlichen, sei es von Aufsehern.

Nicht alle Aussagen, die die fünf Jugendlichen gegenüber der Republik machen, lassen sich lückenlos überprüfen. Aber die Fotos und Videos, die sie der Redaktion schicken und die mit Sicherheit aus der *Safe Area* stammen, bestätigen das meiste. Die Republik hat sich allerdings aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dazu entschieden, lediglich einen kleinen Teil davon zu veröffentlichen.



Kaputte Toilette, vermüllter Gang, Infektionskrankheiten ...



... und überfüllte Schlafräume: die «Safe Area» auf Samos.

Zudem decken sich ihre Schilderungen in den meisten Punkten mit den Schilderungen von vier weiteren Jugendlichen, die wochenlang in der *Safe Area* von Samos eingeschlossen waren. Auch sie erzählen von Überbelegung, von Krankheiten und mangelnder medizinischer Versorgung, von gewalttätigen Übergriffen und von Vormunden, die es meist nur auf dem Papier gibt – und davon, dass die *Safe Area* in Wirklichkeit ein Gefängnis ist.

Diesen vier Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren gelang es, aus der *Safe Area* heraus mit Anwältinnen der griechischen Nichtregierungsorganisation Human Rights Legal Project Kontakt aufzunehmen. Am 23. Januar 2025 reichten die Anwälte für sie beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg Klage ein. Die Verhältnisse in der *Safe Area* von Samos würden gegen die Grundrechte der Minderjährigen verstossen, konkret gegen das Recht auf Freiheit und Sicherheit sowie gegen das Folterverbot. Beides ist in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben.

Wenig später, am 5. Februar 2025, fällte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte aufgrund der Klage einen bemerkenswerten Entscheid: Er erliess eine «vorsorgliche Massnahme» und forderte darin die griechische Regierung auf, alle vier Kläger umgehend «mit angemessener Nahrung, Wasser, Kleidung und medizinischer Hilfe zu versorgen», «ihren Schutz vor Misshandlung zu gewährleisten» und «ihre rasche Verlegung in eine andere Unterkunft für unbegleitete Minderjährige sicherzustellen».

Mit anderen Worten: Das Gericht erkannte an, dass die Verhältnisse im Geflüchtetenlager von Samos gegen die Grundrechte von Minderjährigen verstossen.

Nur zwei Wochen nach dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte urteilte ein griechisches Verwaltungsgericht über eine weitere Klage eines Minderjährigen aus

dem Lager von Samos. Auch dieses Urteil ist bemerkenswert. Das Gericht hielt fest, dass es sich bei der *Safe Area* in Tat und Wahrheit um ein Gefängnis handle. Das zeige sich daran, dass der Betroffene, ein 16-jähriger Jugendlicher aus Ägypten, 64 Tage lang im Lager eingeschlossen war und dieses ausser für zwei Arztbesuche nicht verlassen durfte.

Das Gericht kritisierte auch, dass der Minderjährige im Lager weder Zugang zu einem Vormund noch zu einer Ärztin habe. Letzteres stelle ein «schweres Sicherheitsrisiko» für den Jugendlichen dar. Im Übrigen würden die ansteckenden Krankheiten, die in der *Safe Area* grassierten, die Gesundheit aller Insassen gefährden.

Deshalb ordnete das Gericht an, dass der 16-Jährige umgehend in eine andere Unterkunft gebracht werden müsse.

«Zum ersten Mal hat ein griechisches Gericht entschieden, dass Minderjährige in der *Safe Area* faktisch inhaftiert sind», sagt Stefan Bigler zum Urteil. «Das ist ein Präzedenzfall.» Bigler arbeitet für die NGO Human Rights Legal Project, die den 16-jährigen Jugendlichen vor Gericht vertreten hatte.

Er schildert auch, wie sich die Verhältnisse in der *Safe Area* von Samos im letzten Herbst verschlechtert hätten. Seither sei diese ständig überbelegt gewesen. «Die Zustände sind katastrophal», sagt er. Er kenne Jugendliche, die Krätze gehabt hätten und nicht behandelt worden seien. «Sie hatten in den Armen und Beinen regelrechte Löcher.» Und bei Problemen in der Nacht sei die griechische *riot police* in voller Montur in die *Safe Area* eingedrungen und habe dreingeschlagen. «Mindestens einem Kind brachen sie den Arm.»

Bigler befürchtet, dass es auch in Zukunft zu Überbelegungen kommt. Schliesslich würden die Zahlen der Geflüchteten, die auf Samos strandeten, stark schwanken. «Deshalb braucht es einen Notfallplan, der bei Überbelegungen der *Safe Area* greift», sagt er. Dieser habe bis jetzt gefehlt. «Aber das grundsätzliche Problem bleibt natürlich: dass Kinder und Jugendliche in gefängnisartigen Strukturen untergebracht werden. Dafür ist die Schweiz als Geldgeber mitverantwortlich.»

«Vor lauter Langeweile nicht mehr bei Sinnen»

Dass in der *Safe Area* von Samos Minderjährige in Haft sind, beschäftigt in der Zwischenzeit auch das griechische Parlament. Giorgos Psychogios von der linken

Syriza-Partei hatte in einem Vorstoss auf die «inakzeptablen Lebensbedingungen» und die «mutmasslichen Menschenrechtsverletzungen» im Lager hingewiesen.

Darauf räumte der damalige Minister Nikolaos Panagiotopoulos von der rechten Nea Dimokratia zwar ein, dass die Lebensbedingungen in der *Safe Area* von Samos «nicht ideal» seien. Er sagte aber gleichzeitig, dass die dortigen Probleme «manchmal durch das Verhalten der Gäste verursacht» würden. Im Übrigen arbeite sein Ministerium daran, Minderjährige in andere Einrichtungen zu verlegen und so die Überbelegung auf Samos zu verringern.

Neben Human Rights Legal Project kritisieren mittlerweile auch andere Nicht-regierungsorganisationen, unter ihnen Amnesty International, die Missstände im Lager von Samos. Die Organisationen haben sich mit einem offenen Brief an Magnus Brunner gewandt, den EU-Kommissar für Inneres.

Christina Balta von der Nichtregierungsorganisation Equal Rights Beyond Borders weist im Gespräch mit der Republik darauf hin, dass auch in den *Safe Areas* der Geflüchtetenlager von Leros und Kos, zwei anderen griechischen Inseln, «katastrophale Verhältnisse» herrschten. Dazu passt, dass ein griechisches Verwaltungsgericht am 5. März 2025 entschied, der Aufenthalt eines Minderjährigen in der *Safe Area* von Leros komme einer Inhaftierung gleich.

In der *Safe Area* von Samos sind zurzeit vor allem Minderjährige aus Ägypten, Somalia, Syrien und Afghanistan untergebracht. Was ihnen das Leben zusätzlich erschwert: Sie haben nichts zu tun, nichts ausser die Zeit totzuschlagen. Und zu warten, bis ihr Asylgesuch entschieden wird. Irgendwann.

«Es gibt keine Aktivitäten, weder kulturelle noch sportliche», erzählt der 16-jährige Marik (Name geändert) am Telefon. Zwar gebe es ein Basketballfeld. Aber Basketbälle gebe es nicht. «Die meisten Jugendlichen sind demotiviert und deprimiert. Wenn man müde ist und den ganzen Tag nichts zu tun hat, wirkt sich das auf die Psyche aus», sagt er.

Drastischer drückt sich der 17-jährige Osiris (Name geändert) aus: «Vor lauter Langeweile sind hier viele nicht mehr bei Sinnen.»

Nichts sagen, Verantwortung abschieben – und Besserung geloben

Wer aber sind die Verantwortlichen für all das?

Es sind mehrere.

Konfrontiert mit der Kritik an den Verhältnissen in der *Safe Area* von Samos sagen sie: entweder nichts. Oder erklären, für die Missstände seien nicht sie, sondern andere verantwortlich. Oder weisen darauf hin, dass sie gerade Massnahmen dagegen trafen.

Man könnte es auch Verantwortungsdiffusion nennen.

Konkret tönt das dann so:

Das griechische Ministerium für Migration und Asyl, das für das Geflüchtetenlager auf Samos die politische Verantwortung trägt, will sich zur Kritik an den dortigen Zuständen nicht äussern. Auch auf mehrfache Anfragen der Republik reagiert es nicht.

Die griechische Nichtregierungsorganisation Zeuxis, die für die Betreuung der Minderjährigen zuständig ist, schreibt in einer Stellungnahme: Nicht sie entscheide, wer die *Safe Area* verlassen dürfe und wer nicht. Die Verantwortung dafür habe der Empfangs- und Identifizierungsdienst des Lagers (der dem griechischen Migrations- und Asylministerium unterstellt ist). Auch für die Einsetzung von Vormündern der Jugendlichen und für den Unterhalt der Anlage und deren Reinigung seien andere Stellen zuständig.

Die Zeuxis-Mitarbeiter seien zur Betreuung der Minderjährigen rund um die Uhr vor Ort. Sie würden ihnen Zugang zu Ärzten und Spitälern ermöglichen und Vorfälle von gewalttätigen Übergriffen bei den zuständigen Stellen melden.

Die offizielle Stellungnahme der Organisation Zeuxis

[Hier finden Sie die komplette Stellungnahme als PDF.](#)

Die Schweiz, die den Betrieb der *Safe Areas* auf Samos und drei weiteren griechischen Inseln finanziert, hält via Staatssekretariat für Migration fest: Die «prekäre» Lage der minderjährigen Asylsuchenden sei seit letztem Oktober bekannt. Man erachte das als «grosse Herausforderung». Dazu gekommen sei es, weil die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen vor allem aus Ägypten im letzten Herbst sprunghaft angestiegen sei.

In der Folge hätten Verantwortliche des Bundes die Lager besucht und sich ein eigenes Bild vor Ort gemacht. Dieser Tage besichtigte sogar der verantwortliche Bundesrat Beat Jans das Lager auf Kos. Gleichzeitig habe die Schweiz ihre finanziellen Beiträge an Griechenland erhöht und das griechische Ministerium für Migration und Asyl «auf höchster Stufe» aufgefordert, Minderjährige aus den *Safe Areas* in andere Einrichtungen zu verlegen.

«Nach diesen Austausch und der Intervention durch die Schweiz hat sich die Situation merklich verbessert, weil mehr solcher Transfers stattgefunden haben und die Überbelegung merklich zurückging», hält das Staatssekretariat für Migration fest.

Die offizielle Stellungnahme des Staatssekretariats für Migration

Hier finden Sie die ausführliche Stellungnahme auf den Fragenkatalog der Republik komplett als PDF.

Zwar gibt das Staatssekretariat eine wort- und umfangreiche Stellungnahme zu den katastrophalen Verhältnissen in der *Safe Area* auf Samos ab. Es lässt aber zahlreiche Einzelfragen der Republik unbeantwortet. Auch deshalb wirkt die Stellungnahme in mehreren Punkten wenig aussagekräftig – oder gar beschönigend. Alles in allem steht sie in auffallendem Gegensatz zu den Schilderungen der Jugendlichen im Lager.

Dass die Missstände den Bund aber sehr wohl beschäftigen, zeigt sich daran, dass am 10. Februar 2025 der Schweizer Botschafter persönlich die *Safe Area* besuchte. Im Gespräch habe sich dieser ob der dortigen Verhältnisse «bestürzt» gezeigt, sagt Stefan Bigler von der NGO Human Rights Legal Project. Bigler traf sich mit dem Botschafter nach dessen Besuch zu einem persönlichen Austausch.

Bestürzend ist auch, was das Staatssekretariat in einem internen Protokoll zum Besuch des Botschafters festhält. Die Republik hat es (sowie weitere Dokumente) mithilfe eines Öffentlichkeitsgesuchs erhalten. So heisst es im Protokoll: «Die Überbelegung ist ein grosses Problem. In den Einrichtungen, die für 200 Kinder konzipiert wurden, sind jetzt etwa 425 Kinder untergebracht, was zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Infrastruktur führt. Angemessene Lebensmittelverteilung, Hygiene, psychosoziale Dienste und rechtliche Unterstützung – Eckpfeiler der ursprünglichen Standards – sind nicht mehr durchgängig verfügbar.»

Weiter steht im Protokoll: «Die Überbelegung zwingt die Kinder, in Gemeinschaftsräumen mit behelfsmässigem Bettzeug, unsauberen Lebensmittelboxen, kaputten Abwasserleitungen und angehäuften Müll zu leben.» Auch gebe es in der *Safe Area* zu wenig Ärzte und zu wenig medizinisches Material, kein warmes Wasser und nicht genügend Betten. «Deshalb müssen die Kinder oft auf dem Boden schlafen.»

Doch die Kritik von Nichtregierungsorganisationen und Medien scheint zu wirken: Das griechische Ministerium für Migration und Asyl liess in den letzten Tagen zahlreiche Kinder und Jugendliche aus der *Safe Area* von Samos in andere Einrichtungen umplatzieren. Kurz vor Veröffentlichung dieser Recherche konnten auch Anwar, Tari und Marik sowie die beiden anderen Minderjährigen, mit denen die Republik in Kontakt stand, das Lager verlassen.

Noch immer aber gibt es gemäss Informationen der Republik zahlreiche Missstände in der *Safe Area* von Samos: Sie ist weiterhin überfüllt, noch immer dürfen Minderjährige die *area* nicht verlassen, es mangelt an Ärzten und Psychologen – und es kommt noch immer zu Übergriffen.

Das ist Europas Zukunft

Geflüchtetenlager und *Safe Areas* wie die auf Samos sind wesentlicher Teil von Europas zukünftiger Asylpolitik. Die soll so gehen: Grenztruppen schotten die Aussen Grenzen der Europäischen Union ab und schicken sogenannte irreguläre Migrantinnen zurück in Dritt- und Heimatländer. Diejenigen, die Asyl beantragen, bringen sie in geschlossene Lager. Hier werden die Geflüchteten aufgeteilt: Wer aus einem Land stammt, bei dem die durchschnittliche Schutzquote in Europa unter 20 Prozent liegt, kommt in ein Schnellverfahren, dessen Ausgang absehbar ist: Die Gesuchsteller erhalten in aller Regel kein Asyl und werden noch aus den Lagern abgeschoben. Lediglich die übrigen Asylsuchenden dürfen in die EU einreisen.

All das ist Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas), das die Europäische Union im letzten Mai verabschiedete. Die EU-Staaten haben zwei Jahre Zeit, das System umzusetzen. Auch die Schweiz will die Grundsätze von Geas übernehmen; das Departement von Asylminister Beat Jans (SP) hatte im letzten August eine rechtliche Grundlage dafür in die Vernehmlassung geschickt, der Gesamtbundesrat verabschiedete am letzten Freitag eine entsprechende Botschaft.

Seit Monaten warnen NGOs allerdings davor, dass in den künftigen Geflüchtetenlagern an der EU-Aussengrenze genau das droht, was in der *Safe Area* von Samos Realität ist: faktische Haft, kaum Zugang zu Ärztinnen und zu Rechtsvertretern, gewalttätige Übergriffe. Kurz: mutmasslich schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen.

Anwar hat ganz andere Sorgen. «Ich bin sehr müde», sagt er Anfang März am Telefon mit der Republik. Dann erzählt er, warum er aus Ägypten fliehen wollte und was er sich in Europa erhoffte. «Viele meiner Freunde haben es hierhergeschafft.» Die Situation für sie habe sich verbessert, die Ausbildung auch. «Ich kenne einige, die etwas aus sich gemacht haben.»

Und dann erzählt er, wie sich seine eigene Hoffnung im Nichts auflöste.

In einem Lager am äussersten Rand von Europa.

Auf der Ferieninsel Samos.